

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet  
 unter: [www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 18

vom 14. Mai 2010

Redaktion: Katja Richardt

## Inneres

Verfassungsschutzbericht 2009: Linke Gewalt besorgniserregend .....2

## Datenschutz

Senat beschließt Einsetzung behördlicher Datenschutzbeauftragter .....4

## Rechnungshof

Ergebnisbericht 2010.....5

## Schule, Jugend und Berufsbildung

So klingt die Straße – Audio-Wettbewerb von Hinz&Kunzt und AUDIYOU .....9

Europäischer Schüler-Wettbewerb ..... 10

Senat stellt Informationsmaßnahmen zur Schulreform vor.....12

Gesucht: Der „Hamburgstar“ .....15

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Koordinator für den Wohnungsbau in Hamburg.....16

## Stadtmarketing

Stadtmarketing künftig unter einem Dach.....17

## internationale gartenschau hamburg

Hamburgs Parkfest 2010 im Park an der Mengestraße in Wilhelmsburg .....19

Grüne Inseln im Verkehr.....21

## Zur Information

„Alois“ jetzt auch im Norden.....23

Terminkalender .....24

7. Mai 2010/bfi07

## „Es wird auch zukünftig kein Zurückweichen vor extremistischen Gewalttätern geben“

### Verfassungsschutzbericht 2009: Linke Gewalt besorgniserregend

Hamburgs Innensenator **Christoph Ahlhaus** und der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, **Heino Vahldieck**, haben am heutigen Freitag den aktuellen Verfassungsschutzbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den internationalen islamistischen Terrorismus hat sich 2009 noch einmal zugespitzt. Insbesondere vor der Bundestagswahl stand Deutschland im Fokus einer Propagandaoffensive mit Anschlagdrohungen von Islamisten im Internet. Tatsächliche Anschlagvorbereitungen wurden jedoch nicht festgestellt. Neben der anhaltenden islamistisch-terroristischen Bedrohungslage ist die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene angewachsen. Binnen Jahresfrist stieg die Zahl der als gewaltbereit eingestuften Linksextremisten in Hamburg auf 580. Die Fälle von politisch motivierter Kriminalität aus dem linken Lager (PMK links) sind im Berichtszeitraum sprunghaft angestiegen (von 535 auf 757 Taten).

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die konsequente Beobachtung und Bekämpfung des weltweiten Netzwerks islamistischer Terroristen bleibt die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes. Aber auch linksextremistische Gruppen bedrohen unsere Demokratie und bleiben deshalb klar im Visier der Hamburger Sicherheitsbehörden. Mit dem hinterhältigen Angriff auf das Polizeikommissariat 16 im Hamburger Schanzenviertel im Dezember 2009 hat die von Linksautonomen ausgehende Gewalt eine neue, erschreckende Qualität erreicht. Doch von solchen menschenverachtenden Übergriffen auf staatliche Repräsentanten lassen wir uns nicht einschüchtern – im Gegenteil: Wir werden weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen gefährliche Extremisten vorgehen.“

Der Hamburger Verfassungsschutz hat mit seinen Erkenntnissen auch im vergangenen Jahr dazu beigetragen, dass ausländische Extremisten gar nicht erst nach Deutschland einreisen durften: Im Rahmen des so genannten Schengener Visumverfahrens betraf dies im Jahr 2009 sieben Personen, bei denen das Landesamt Bedenken gegen eine Einreise erhob. Ein ausländischer Islamist wurde 2009 aus Hamburg ausgewiesen. Damit haben seit 2003

insgesamt 19 ausländische Islamisten die Stadt verlassen müssen. Dies ist der guten Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Einwohner-Zentralamt und Polizei mit der Dienststelle Anti-Terror-Koordination zu verdanken.

Im Bereich des Rechtsextremismus hat die Zahl des gewaltbereiten Personenpotentials von 150 auf 140 leicht abgenommen, die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ging von 45 auf 30 zurück. Die wichtigste Organisation und treibende Kraft des Rechtsextremismus in Deutschland ist nach wie vor die NPD, die aber durch innerparteiliche Machtkämpfe und den Tod von Jürgen Rieger geschwächt wurde.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** "Ungeachtet dieser Entwicklungen im rechten Spektrum werden die Sicherheitsbehörden nicht nachlassen, den rechtsextremistischen Gefahren für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat unverändert entschieden entgegenzutreten. Unverbesserliche rechte Ideologen und Gewalttäter dürfen sich in unserer Gesellschaft niemals mehr breitmachen. Dass Anti-Demokraten, egal welcher Couleur, bei uns keine Chance haben, ist maßgeblich der erfolgreichen Arbeit des Hamburger Verfassungsschutzes zu verdanken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landesamtes leisten eine unverzichtbare Aufklärungsarbeit, die gewährleistet, dass die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über verfassungsfeindliche Aktivitäten informiert wird."

**Alle wichtigen Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr 2009 und viele Zahlen, Daten und Fakten finden Sie unter [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde) im Internet - darunter unter anderem den gesamten Bericht zum Download sowie eine Kurzversion („Verfassungsschutzbericht 2009 – Das Wichtigste in Kürze“).**

**Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2673,

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

11. Mai 2010/jb11

## **Datenschutz: Senat beschließt Einsetzung behördlicher Datenschutzbeauftragter**

Der Senat hat heute beschlossen, dass in allen Senatsämtern, Fachbehörden und Bezirksämtern behördliche Datenschutzbeauftragte eingesetzt werden sollen. Ein Leitfaden beschreibt Aufgaben, Tätigkeiten und Rechte der Datenschutzbeauftragten. Sie beraten und unterstützen bei Fragen rund um Datenschutz und stellen sicher, dass datenschutzrechtliche Vorschriften in Behörden und Ämtern eingehalten werden.

„Durch die Einsetzung von Datenschutzbeauftragten stärken wir den Datenschutz in Behörden und Ämtern. Damit setzen wir ein zentrales datenschutzrechtliches Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und ein Anliegen des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten um“, so **Justizsenator Dr. Steffen**.

Der Senat hatte die Finanzbehörde und die Justizbehörde am 28. Oktober 2008 beauftragt, unter Beteiligung aller Behörden und Ämter sowie des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ein Konzept für die Bestellung behördlicher Datenschutzbeauftragter zu entwickeln. Nach dem Hamburgischen Datenschutzgesetz (§ 10a Absatz 1 Satz 1 HmbDSG) kann für öffentliche Stellen jeweils mindestens Datenschutzbeauftragter bzw. eine Datenschutzbeauftragte bestellt werden können.

### Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

Hamburg, den 10. Mai 2010/rh10

## Pressemitteilung

# Ergebnisbericht 2010

Mit dem Ergebnisbericht 2010 informiert der Rechnungshof über zwischenzeitliche Fortentwicklungen bei Prüfungsergebnissen seiner **Jahresberichte 2007, 2008 und 2009**. Die Ausführungen richten sich an den Senat und die Bürgerschaft, aber auch an die interessierte Öffentlichkeit. Sie greifen frühere Feststellungen auf, die seinerzeit nicht nur die erklärte Zustimmung des Parlaments gefunden haben, sondern auch von Senat und Verwaltung überwiegend positiv aufgenommen worden sind. Auf die Darstellung vergangenheits- oder rein einzelfallbezogener Feststellungen ist verzichtet worden.

Angesichts der Haushaltskrise sind vorrangig die finanziellen Auswirkungen der dargestellten Prüfungsergebnisse von Interesse, auch wenn diese nur einen Ausschnitt der insgesamt auf **Generalprävention sowie Kontrolle von Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gerichteten Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs** widerspiegeln. Allein die konkretisierbaren und in Prüfungsverfahren erhärteten Einsparmöglichkeiten ergeben einen Betrag von rund **60 Mio. Euro an jährlich wiederkehrenden Mehreinnahmen oder Minderausgaben für den hamburgischen Haushalt**. Deutlich höher liegt das noch unsichere, aber bei günstigen Rahmenbedingungen erzielbare Einsparpotenzial von schätzungsweise rund 230 Mio. Euro, von dem immerhin auch rund 40 Mio. Euro jedes Jahr wiederkehrend zur Haushaltsentlastung beitragen könnte. Hinzu kommen Einnahmeverluste und unnötige Ausgaben von rund 58 Mio. Euro, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten.

Der Ergebnisbericht zeigt – über die unmittelbar zur **Entlastung des Haushalts** beitragenden Verbesserungen hinaus – auf, dass es durchweg gelungen ist, die **Leistungen der Verwaltung für ihre „Kunden“**, die Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, **zu verbessern**, die **Kosten mittel- und langfristig zu senken** sowie **Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Steuerungsfähigkeit** der Verwaltung auf den verschiedensten Feldern **zu erhöhen**.

Die folgenden Beispiele aus den insgesamt 113 dargestellten Einzelbeiträgen geben einen Eindruck von der Vielfalt der Themenfelder, mit denen sich der Rechnungshof befasst hat. In den meisten Fällen haben die Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofs bereits Veränderungen bewirkt:

- So soll beispielsweise künftig zuverlässiger als bisher sichergestellt werden, dass **schulärztliche Pflicht-Untersuchungen** allen Kindern und Jugendlichen, freiwillige Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz hingegen vorrangig denjenigen Kindern zugutekommen, die besonderer staatlicher Fürsorge bedürfen. Entsprechende Maßnahmen sind eingeleitet worden (S. 30).
- Außerdem soll die **soziale Integration von Migranten** und die Förderung der **beruflichen Qualifikationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund** verbessert werden (S. 22).

- Weiter will die Verwaltung künftig stärker darauf achten, dass Geld **für Kinder- und Jugendarbeit zum Wohle der Kinder** zielorientierter und kontrollierter eingesetzt wird (S. 15).
- Durch verschiedene Maßnahmen soll dem zunehmenden **Vandalismus und Diebstählen in Schulen** begegnet werden (S. 17).
- Ferner werden die **Personal- und Haftplatzkapazitäten im Justizvollzug** dem massiven Rückgang der Gefangenenzahlen auf derzeit rund 2.000 Inhaftierte – als Folge dessen der Rechnungshof langfristig ein Einsparpotenzial von über 20 Mio. Euro jährlich erwartet – angepasst; in einem ersten Schritt ist die Belegungsfähigkeit um 575 auf zunächst 2.614 Haftplätze gesenkt worden (S. 41).
- Als Folge der durch Rechtsverordnung angepassten Gebühren für den **Rettungsdienst der Feuerwehr** haben die Krankenkassen an die Stadt 19 Mio. Euro nachgezahlt (S. 36).
- Bei der **Sandtorhafenklappbrücke** wird auf einen Neubau verzichtet und die Brücke lediglich einseitig angehoben; dies spart Kosten von mehr als 5 Mio. Euro (S. 54).
- Die Haushaltsansätze für die **Unterbringung von Baggergut aus der Elbe** sind durch Absenkung um 5 Mio. Euro auf ein realistisches Maß korrigiert worden (S. 54).
- Das Verwaltungsverfahren zur **Sicherung und Einziehung von Sozialhilfedarlehen** ist verbessert worden, damit zumindest Teile der rund 90.000 bisher nicht getilgten Darlehen mit Außenständen von schätzungsweise mehr als 100 Mio. Euro eingezogen werden können (S. 23).
- Die offenen Forderungen des **Grundstocks für Grunderwerb** gegen einzelne Behörden in Höhe von 35 Mio. Euro sind inzwischen vollständig abgebaut worden (S. 71).
- Das Verfahren zur Anmeldung und Entrichtung der **Umsatzsteuer für die städtischen Betriebe** gewerblicher Art ist neu organisiert worden. Damit ist die Gefahr unrichtiger Steuererklärungen deutlich minimiert und ein Beitrag geleistet, künftig – durch verspätete Geltendmachung von Umsatzsteuer-Erstattungsbeträgen – eintretende erneute Zinsverluste von mehr als 1 Mio. Euro zu verhindern (S. 49).
- Des Weiteren haben Prüfungen in den Finanzämtern bei der **Besteuerung von konzerninternen Gewinnausschüttungen** bereits zu Steuermehreinnahmen von mehr als 500.000 Euro geführt (S. 48), werden beim **Umbau der U-Bahnhaltestelle Baumwall** 400.000 Euro eingespart (S. 57), hat die **Hamburger Stadtentwässerung** an den Haushalt eine Nachzahlung von 198.000 Euro geleistet (S. 57).
- Angesichts von Defiziten beim **Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung** und bei der **Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH** hat der Senat umfassende Prüfungen eingeleitet, die die Klärung der Frage nach dem Fortbestand beider Unternehmen in der gegenwärtigen Form zum Gegenstand haben (S. 67, 69).
- Schließlich sind Vorschläge zur **Begrenzung der Versorgungsausgaben**, die der Rechnungshof bereits **vor mehr als zehn Jahren** entwickelt hatte, inzwischen umgesetzt worden. Die Maßnahmen werden zu erheblichen Einsparungen führen, so beispielsweise die Anhebung der Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand um zwei

Jahre und die neuen Beschränkungen bei der Anerkennung von Hochschulausbildungszeiten (S. 37).

Der Ergebnisbericht umfasst ebenso Beiträge, bei denen nur von „Teilerfolgen“ des Rechnungshofs gesprochen werden kann, beispielsweise wenn die Verwaltung sich noch nicht zu einer Meinungsbildung hat durchringen können oder sich der Vollzug einer zugesagten Maßnahme verzögert – etwa wegen der Schwierigkeit der Materie, unübersichtlicher Rahmenbedingungen oder starker Interessengruppen – oder weil ein wirklicher Erfolg in der Sache von der Zustimmung Dritter abhängt:

- Mit der bevorstehenden Aktualisierung des bisher unvollständigen Straßenzustandsregister wird eine wesentliche Voraussetzung für eine gezielte Fertigstellung von mehr als 1.200 Straßen geschaffen sein, damit die der Stadt zustehenden **Erschließungsbeiträge** in geschätzter dreistelliger Millionenhöhe erhoben werden können. Angesichts dieser finanziellen Größenordnung müssen diese Straßen jetzt möglichst schnell fertiggestellt werden (S. 50).
- Der Senat hat den vom Rechnungshof aufgezeigten Handlungsbedarf für die Erarbeitung eines **Parkraumbewirtschaftungskonzepts** anerkannt. Aufgrund des bisher erreichten Bearbeitungsstandes können sein verkehrspolitisches Ziel, die Parkplätze im öffentlichen Straßenraum möglichst vielen Verkehrsteilnehmern zur Verfügung zu stellen, und die der Stadt für das zur Verfügung stellen wertvollen städtischen Grundes zustehenden Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe aber allenfalls erst ab 2011 realisiert werden (S. 51).
- Die festgestellten Lücken beim vorbeugenden **Katastrophenschutz** will der Senat beseitigen. Die hierfür notwendigen Konzepte und Gefahren- und Bedarfsanalysen sind aber noch nicht erstellt worden (S. 39).
- Nach den Erfahrungen der Planung des **Neubaus der HafenCity Universität** hat der Rechnungshof u. a. vorgeschlagen, zur Begrenzung der Baukosten bei künftigen Architektenwettbewerben die Kostenobergrenzen und die gewünschten energetischen Anforderungen verbindlich vorzugeben. Die Bürgerschaft ist dieser Forderung mit einem eigenen Ersuchen beigetreten. Die Umsetzung steht noch aus (S. 52).
- **Ausgleichszahlungen** an die Verkehrsunternehmen für Leistungen im Ausbildungsverkehr sollen, wie vom Rechnungshof gefordert, künftig auf der Grundlage landesgesetzlicher Regelungen erfolgen. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung steht noch aus, soll aber in 2010 mit Wirkung ab dem Jahr 2011 erfolgen (S. 58).

In einigen Fällen hat der Rechnungshof bisher noch keine Veränderungen bewirken können:

- So wären mindestens 9,5 Mio. Euro jährlich einzusparen, wenn künftig **Unterhaltungsvorschussleistungen** vollständig auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch angerechnet werden könnten, ohne dass hierdurch Nachteile für die Leistungsempfänger entstünden. Die Behörde geht jedoch davon aus, dass sich für die notwendige bundesgesetzliche Änderung keine Mehrheit findet (S. 20).
- Bislang ohne Erfolg blieb auch die Forderung, nach dem Vorbild anderer Bundesländer und der für alle anderen Beamten maßgeblichen Rechtslage für Polizisten die **Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand** schrittweise um zwei Jahre zu erhöhen, um Versorgungsausgaben zu sparen. Die Polizeizulage wird unverändert auch den langjährig nicht im Vollzugsdienst tätigen Polizisten gezahlt (S. 37).

In einer für Hamburgs Zukunft gewichtigen Frage hat der Rechnungshof bisher keine Verbesserung feststellen können, nämlich in Bezug auf die notwendige Begrenzung der **dramatischen und weiter ansteigenden staatlichen Verschuldung** und die daraus folgenden immer enger werdenden Handlungsspielräume für die Stadt. Hierzu hatte der Rechnungshof wiederholt empfohlen, **in den „guten Jahren“ finanzielle Vorsorge für „schlechte Zeiten“ zu treffen**. Insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Boomjahre 2007 und 2008 hatte der Rechnungshof auf die historische Chance einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltslage hingewiesen und zahlreiche Empfehlungen gegeben, um mit dem Haushaltsplan 2009/2010 und dem Mittelfristigen Finanzplan 2008-2012 die Weichen für einen strukturell ausgeglichenen Gesamthaushalt zu stellen.

**Die seinerzeit bestehende Chance auf eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltslage wurde vom Senat nicht genutzt.** Vielmehr hat im Ergebnis mangelnde Ausgabendisziplin dazu geführt, dass die historisch hohen Einnahmen im Haushaltsjahr 2008 (mit einem Zuwachs zum Beispiel bei den Hamburg verbleibenden Steuern von 8,7 % gegenüber dem Vorjahr) nicht zur Vorsorge für „schlechte Zeiten“ genutzt wurde. Die zusätzlichen Mittel wurden vielmehr weitgehend aufgezehrt. Dabei wurden Ausgaben getätigt, die weitere strukturelle Finanzierungsbedarfe ausgelöst haben und damit auch die nachfolgenden Haushalte belasten. Die ab 2010 geplanten Einsparungen korrigieren die strukturelle Schieflage des Haushalts nur unzureichend (S. 7).

**Präsident Dr. Jann Meyer-Abich:**

„Die Prüfungen des Rechnungshofs zeigen Wirkung. Aber nur mit einer entschlossenen Konsolidierungsstrategie kann der Senat den Haushalt sanieren und Freiheit für neue Aufgaben zurückgewinnen.“

**Für Rückfragen:**

Bernd Kritsch, Präsidialabteilung des Rechnungshofs,  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg  
Tel.: 040 / 428 23 – 1770 / Fax: 040 / 428 23 – 1538  
E-Mail: [Rechnungshof@rh.hamburg.de](mailto:Rechnungshof@rh.hamburg.de)

Der Ergebnisbericht 2010 und die zitierten Jahresberichte  
sind unter [www.rechnungshof.hamburg.de](http://www.rechnungshof.hamburg.de) abrufbar.



10 Mai 2010/bsb10

## **So klingt die Straße – Audio-Wettbewerb von Hinz&Kunzt und AUDIYOU**

### **Christa Goetsch prämiert beste Schüler-Beiträge**

Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch und der Hamburger Rapper Samy Deluxe haben heute im Vertrieb des Hamburger Straßenmagazins Hinz&Kunzt die drei besten Beiträge des Wettbewerbes „Wie klingt die Straße? – Miteinander hören!“ prämiert. Der 1. Preis ging an die Schüler Abdulai Abaker (13 Jahre) und Jon Looft (14 Jahre) für den Rap-Beitrag „Stell Dir Vor“. Auf Platz zwei schafften es acht Kinder des Radiokurses aus der Grundschule Ludwigstraße (7-9 Jahre) und auf den dritten Platz Raffaella (18 Jahre) und Chris (17 Jahre) Bothe. Alle Gewinner freuten sich über Profi-Equipment wie Mikrofone, Aufnahmegeräte oder Software.

Juryvorsitzende Christa Goetsch: „Es ist bewundernswert wie vorurteilsfrei, authentisch und unbefangen die Kinder und Jugendlichen an das Thema gingen. Sie vermitteln uns einen ganz neuen Blickwinkel. Am liebsten hätte ich jeden Beitrag einzeln ausgezeichnet.“

„Wir freuen uns sehr darüber, dass so viele Schüler das Thema aufgegriffen haben und [www.audiyou.de](http://www.audiyou.de) als Onlinepartner für eigene Audioproduktionen entdecken konnten“, so Stephanie Landa, Gründerin der Plattform AUDIYOU.

Im Januar dieses Jahres riefen Hinz&Kunzt und AUDIYOU Schüler auf, einen Hörbeitrag zum Thema „Obdach- und Wohnungslosigkeit in Hamburg“ zu produzieren. Die Schüler waren frei, ihre Erfahrungen und Eindrücke mit einem Rap, einem Gedicht, einem Hörspiel oder einem Interview hörbar zu machen. Rund 100 Schüler reichten ihre 26 Beiträge ein. Davon kamen zehn in die engere Auswahl und wurden von der Jury ausgewertet. Die Jurymitglieder waren: Christa Goetsch (Zweite Bürgermeisterin), Rüdiger Knott (ehem. NDR-Programmchef und Beirat Hinz&Kunzt), Stephan Karrenbauer (Sozialarbeiter bei Hinz&Kunzt) und Peter Konken (Verkäufer bei Hinz&Kunzt). Alle Beiträge sind unter [www.audiyou.de](http://www.audiyou.de) zu hören.

Mehr Informationen und Fotomaterial erhalten Sie bei  
Isabel Schwartz, Hinz&Kunzt  
Tel: 040/32 10 84 01  
[isabel.schwartz@hinzundkunzt.de](mailto:isabel.schwartz@hinzundkunzt.de)

oder

Stephanie Landa, AUDIYOU  
Tel: 040/46 07 15 38  
Mail: [s.landa@audiyou.de](mailto:s.landa@audiyou.de)

#### Rückfragen

Melanie Nickel, Behörde für Schule und Berufsbildung  
T: (040) 428 63 – 3497, E: [melanie.nickel@bsb.hamburg.de](mailto:melanie.nickel@bsb.hamburg.de)

10. Mai 2010/bsb10a

## **Europäischer Schüler-Wettbewerb**

### **Bildungssenatorin Christa Goetsch ehrt Hamburger Bundessieger**

„Mit neuem Mut. 2010 – Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ Unter diesem Motto stand der Europäische Wettbewerb „Europa in der Schule“, der im Schuljahr 2009/2010 bereits in seine 57. Auflage ging. Von den insgesamt 75.584 Schülerinnen und Schülern, die an dem Wettbewerb teilnahmen, reichten 1.166 Hamburger überwiegend mediale und bildnerische Arbeiten ein. Bildungssenatorin Christa Goetsch überreichte den 15 Hamburger Bundessiegern und den Sonderpreisträgern der Europa-Union die Preise und Urkunden im Bürgermeistersaal des Rathauses.

„Es freut mich sehr und Hamburg kann Stolz sein, dass unsere Schülerinnen und Schüler so viele Bundespreise wie schon in den Vorjahren wieder in die Hansestadt holen konnten“, sagte Christa Goetsch.

Der Europäische Wettbewerb gehört zu den ältesten bundesweiten Schülerwettbewerben und steht unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des Europarates, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kulturstiftung sowie des Bundespräsidenten. Der Wettbewerb, der zeitgleich in 32 europäischen Ländern durchgeführt wird, soll dazu anregen, sich mit dem Prozess der europäischen Einigung auseinander zu setzen. Teilnahmeberechtigt sind Schülerinnen und Schüler aller Schulformen in vier Altersgruppen: Für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 wurden 2 Themen, für die Jahrgangsstufen 5 bis 7, 8 bis 10 und 11 bis 13 jeweils 3 Themen angeboten. Diese sind altersgerecht formuliert und bieten sich zur Bearbeitung im Unterricht an. Sie orientieren sich an den Lehrplänen und sind geeignet, die europäische Dimension im politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu entdecken.

#### Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

## **Die Hamburger Bundespreisträger in der Reihenfolge ihres Alters:**

### Altersgruppe 1 (Klasse 1 bis 4)

Thema: „Gemeinsam sind wir stark“

Dennis Braun	Kl. 1	Adolph-Diesterweg-Schule
Leona Ehmer	Kl. 1	Grundschule Zollenspieker
Marisa-Isabel Antonio	Kl. 3	Grundschule Stockflethweg
Kevin Milewski	Kl. 3	Kathol. Sophienschule
Camila Montalto Olmo	Kl. 4	Kathol. Sophienschule
Gabriel Witt	Kl. 4	Gesamtschule Am Heidberg

### Altersgruppe 2 (Klasse 5 bis 7)

Thema: „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – Ein Projekttag“  
Klasse 6b (30 Schüler)                                  Gymnasium Heidberg

Thema: „Wenn jeder gibt, was er hat, dann werden alle satt“ – ein Traum?“  
Julia Faul    Kl. 7      Gymnasium Osterbek

### Altersgruppe 4 (Klasse 11 bis 13)

Mediale Kampagne zum europäischen Motto des Jahres 2010

Ann-Cathrin Hebel	Kl.12	Carl-von-Ossietsky-Gymnasium
Johanna Gräffje	Kl.12	FOS für Farbe+Raum, G 6
Anika Hellriegel	Kl.12	FOS für Farbe+Raum, G 6
Jakob Rossdeutscher	Kl.12	FOS für Farbe+Raum, G 6
Annabelle Schürmeier	Kl.12	FOS für Farbe+Raum, G 6
Ilka Waschke	Kl.12	FOS für Farbe+Raum, G 6

### **Soziale Integration durch Bildung**

Stefan Breitung    Kl. 13      Gymnasium Klosterschule

## **Die Sonderpreise der Europa-Union für eine mediale Kampagne zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:**

### Gruppenarbeit Altersgruppe 4 (Klasse 11 bis 13)

Lena Gruninger	Kl.11	Max-Brauer-Schule
Josephine Hollensteiner	Kl.11	Max-Brauer-Schule
Alissa Rickert	Kl.11	Max-Brauer-Schule
Swaantje Weber	Kl.11	Max-Brauer-Schule

11. Mai 2010/prbsb11

## Senat stellt Informationsmaßnahmen zur Schulreform vor

Webseite [www.mitgeben.hamburg.de](http://www.mitgeben.hamburg.de) ab heute online

Der Erste Bürgermeister Ole von Beust und die Zweite Bürgermeisterin und Bildungssenatorin Christa Goetsch haben heute im Vorfeld des Volksentscheids am 18. Juli die Informationsmaßnahmen des Senats zur Schulreform vorgestellt. **Bürgermeister Ole von Beust** betonte die Bedeutung der Informationsarbeit des Senats: „Es ist uns wichtig, dass möglichst alle Hamburgerinnen und Hamburger, die über die Schulreform abstimmen werden, gut informiert sind und sich so ein eigenes Urteil bilden können. Wichtig ist uns aber auch, dass wir nicht diejenigen aus den Augen verlieren, um die es bei dieser Reform geht: Es geht um jedes einzelne Kind und es geht darum, allen Kindern eine möglichst gute Schule zu bieten. Das gilt für die Starken. Das gilt für die Schwächeren. Das ist das Ziel der Schulreform: mehr Leistung und mehr Chancengerechtigkeit in unseren Schulen.“

Die **Zweite Bürgermeisterin und Schulsenatorin Christa Goetsch** ergänzte: „Die Vorteile der Schulreform sind sehr konkret und kommen unmittelbar allen Kindern zugute. Davon geht auch die Idee für die Informationsplakate aus. Wir müssen heute unseren Kindern für ihre Zukunft mehr mitgeben, als früher vielleicht noch ausreichend war. Dafür haben uns unsere Unterstützer Originalfotos von ihrer Einschulung und andere Kinderfotos zur Verfügung gestellt. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“

Der für Ausbildung zuständige **Geschäftsführer von Airbus, Joachim Sauer**, der auch als Unterstützer auf den Plakaten mitwirkt, erklärte die Wichtigkeit der Schulreform aus Sicht der Wirtschaft: „Für den beruflichen Erfolg junger Menschen spielt internationale Wettbewerbsfähigkeit eine immer wichtigere Rolle. Ganz besonders auch in den gewerblich-technischen Berufen, in der Facharbeiter-Ausbildung, die für Airbus eine zentrale Bedeutung hat. Die Schulreform gibt Entwicklungschancen und fördert Talente. Sie legt so Grundlagen für langfristige berufliche Perspektiven.“

Die **Schauspielerin Pheline Roggan**, die auf der Internetseite die Schulreform unterstützt, sagt dort: „Ich erlebe meine Heimatstadt Hamburg als inspirierende und innovative Großstadt. Dazu gehört dann aber auch eine moderne Schule, die allen Kindern gerecht wird.“

Der **Präsident der Handwerkskammer, Josef Katzer**, sagt: „Es gibt heutzutage so viele verschiedene Berufe, die unsere Schülerinnen und Schüler gar nicht alle kennen können. Darum wünsche ich mir, dass wir ihnen schon in der Schule feste Ansprechpartnerinnen und -partner zur Seite stellen, damit berufliche Perspektiven gemeinsam erarbeitet werden.“

„Ich bin mir sicher, dass Hamburgs neue Schule bald Schule in ganz Deutschland machen wird“, so der **Schauspieler und Moderator Carlo von Tiedemann**.

Der Senat konnte neben Joachim Sauer, Josef Katzer, Carlo von Tiedemann und Pheline Roggan eine große Anzahl weiterer Hamburger Stimmen zur Schulreform gewinnen, die aus ihrer Sicht gute Gründe für die Schulreform nennen. Einige von diesen Hamburgerinnen und Hamburgern werden auf Plakaten des Senats mit ihren persönlichen Einschulungsfotos auftauchen. Weitere finden sich ab heute auf der Webseite [www.mitgeben.hamburg.de](http://www.mitgeben.hamburg.de), auf der sich neben den Unterstützerstimmen viele Argumente für die Schulreform finden, sowie Angebote zur vertiefenden Information.

Mit der Umsetzung der Informationsmaßnahmen hat der Senat die Hamburger Agentur gürtlerbachmann beauftragt.

Die Plakate werden ab dem 18. Mai in den Stadtinformationsanlagen und auf zusätzlichen Plakatflächen zu sehen sein, die der Stadt zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden sie auch auf kostenpflichtigen Flächen zu sehen sein, im Fahrgast-TV in den U-Bahnen, auf einigen sogenannten Infoscreens in den U- und S-Bahnhöfen sowie als sogenannte Banner im Internet. Für die gesamte Maßnahme wird der Senat Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 Euro ausgeben, die zu gleichen Teilen aus den Etats der Senatskanzlei und der Behörde für Schule und Berufsbildung bereitgestellt werden.

### **Rückfragen:**

Kristin Breuer  
Senatssprecherin  
T: (040) 428 31 2243  
Email: [Kristin.Breuer@sk.hamburg.de](mailto:Kristin.Breuer@sk.hamburg.de)

Markus Kamrad  
Stellv. Senatssprecher  
T: (040) 428 31 2241  
Email:  
[Markus.Kamrad@sk.hamburg.de](mailto:Markus.Kamrad@sk.hamburg.de)

Brigitte Köhnlein  
Pressesprecherin  
Behörde für Schule und Berufsbildung  
T: (040) 428 63 2003  
Email: [brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

## **Anhang**

### **Hamburger Stimmen im Rahmen der Senatsinformationen**

- Dittmar, Jutta, Schulleiterin
- Franke, Stefan, Hotelkaufmann
- Goetsch, Christa, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin
- Herde-Hitziger, Christine, Preisträgerin Deutscher Lehrpreis 2009
- Katzer, Josef, Präsident der Handwerkskammer Hamburg
- Kopper, Lars, Bankkaufmann
- Neumeier, John, Intendant des HAMBURG BALLETS
- Öger, Vural, Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter von Öger-Tours
- Puri, Nina, Autorin
- Quante, Reinhard, Geschäftsführer in der Nahrungsmittelindustrie
- Reichenspurner, Hermann, Herzspezialist am UKE
- Roggan, Pheline, Schauspielerin
- Sauer, Joachim, Geschäftsführer bei Airbus
- Seeler, Christian, Intendant Ohnsorg-Theater
- Stoltenberg, Annegrethe, Landespastorin
- Ullmann, Kostja, Schauspieler
- Vértes-Schütter, Isabelle, Intendantin Ernst Deutsch Theater
- von Beust, Ole, Erster Bürgermeister
- von Tiedemann, Carlo, Schauspieler und Fernsehmoderator
- Wieben, Wilhelm, ehemaliger Sprecher der Tagesschau

11. Mai 2010/bwa11a

## **Gesucht: Der „Hamburgstar“**

### **Behörde für Wirtschaft und Arbeit und Europäischer Sozialfonds ESF starten Talent-Wettbewerb für junge Hamburger**

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Europäische Sozialfonds ESF starten heute einen Talent-Wettbewerb: Gesucht wird der „Hamburgstar“. Junge Hamburger zwischen 14 und 25 Jahren können mit einem kurzen Video ihre kreativen Fähigkeiten in den drei Bereichen „Sounds“, „Moves“ und „Images“ zeigen; gefragt sind dabei musikalisches Können, sportliche Leistungen oder Bildgestaltungen aller Art – vom Comic bis zum Foto. Zudem sollen die Beiträge auf einfache Weise einen Bezug zum Thema „Europa“ schaffen. Die besten Teilnehmer gewinnen Preise im Gesamtwert von 2.500 Euro. Die Preise werden im Rahmen der Veranstaltungsreihe „ESF im Dialog“ am 14. September von Wirtschaftssenator Axel Gedaschko verliehen. Der Wettbewerb soll dazu beitragen, die umfangreichen Leistungen des ESF für junge Hamburger beim Einstieg in Ausbildung, Studium und Beruf noch bekannter zu machen. Bewerbungen sind vom 10. Mai bis 7. Juli unter [www.esf-hamburgstar.de](http://www.esf-hamburgstar.de) möglich.

„Jungen Hamburgern eine gute Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu verschaffen, ist für die Zukunft unserer Stadt und die Zukunft Europas von allergrößter Bedeutung“, erklärt Wirtschaftssenator Axel Gedaschko. „Zurzeit fördert der Senat auch mit Mitteln des ESF in Hamburg mehr als 40 Projekte, die jungen Frauen und Männern den Eintritt ins Arbeitsleben erleichtern. Rund 7.000 junge Hamburger haben seit 2008 bereits davon profitiert. Mit dem Talentwettbewerb „Hamburgstar“ wollen wir auf die vielfältigen Angebote des ESF für junge Menschen aufmerksam machen.“

Weitere Informationen zum ESF für Jugendliche unter: [www.esf-hamburgstar.de](http://www.esf-hamburgstar.de)

#### **Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit, ESF-Öffentlichkeitsarbeit

Claudia Hillebrand, Tel: 040 - 42841-4080

Nora Obenaus, Tel: 040 - 42841-2866

E-Mail: [esf-pr@bwa.hamburg.de](mailto:esf-pr@bwa.hamburg.de)

11. Mai 2010/bsu11

## Koordinator für den Wohnungsbau in Hamburg

### Michael Sachs soll Wohnungsbauprojekte beschleunigen

Der Senat hat heute die Einrichtung der Funktion eines Wohnungsbaukoordinators beschlossen und dessen Aufgaben und Befugnisse festgelegt. Außerdem hat der Senat Michael Sachs mit Wirkung vom 15. Mai 2010 zum Wohnungsbaukoordinator bestellt.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk: „Mit dem Wohnungsbaukoordinator gibt es in Hamburg künftig einen zentralen Akteur, der maßgeblich dazu beitragen kann, durch behördenübergreifende Koordinierung Entwicklungsprozesse und Planverfahren zu beschleunigen und schneller zum Abschluss zu bringen.“

Michael Sachs: „Ich verstehe mich als Mediator zwischen der Wohnungswirtschaft und den Planungsbehörden. Wohnungsneubau ist heute mehr denn je mit Zielkonflikten verbunden; diese gilt es möglichst einvernehmlich, vor allem aber schnell zu lösen.“

Der Wohnungsbaukoordinator soll behördenübergreifend die Umsetzung der Wohnungspolitik des Senats zwischen Behörden und Bezirksämtern unterstützen mit dem Ziel einer Mobilisierung von Wohnungsbaupotenzialen und damit einer Steigerung der Wohnungsbauzahlen. Damit verbunden ist die Priorität für eine Innenentwicklung, die zügige Entwicklung von, auch privaten, Konversionsflächen mit Wohnungsbaupotenzialen und weiterer größerer Wohnungsbauprojekte. Er wird dabei eng mit der Wohnungswirtschaft zusammen arbeiten.

Die Kompetenzen des Wohnungsbaukoordinators konzentrieren sich auf umfangreiche Informations- und Beteiligungsrechte und vor allem darauf, erforderlichenfalls unter Abkürzung von Dienstwegen Entscheidungen auf höherer Ebene herbeiführen zu können. Zu seinen Befugnissen gehören u.a. das Vortragsrecht beim Ersten Bürgermeister, den Präsidien der Behörden, das Vorschlagsrecht gegenüber der Senatorin für Stadtentwicklung für die Evokation von Bebauungsplanverfahren einschließlich der Federführung bei der Erstellung der entsprechenden Drucksachen.

Der Wohnungsbaukoordinator legt dem Senat jährlich einen Bericht zum Wohnungsbau vor, in dem Arbeitsergebnisse gegliedert nach Bezirken beschrieben werden.

#### Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle  
Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735  
e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)  
[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)



11. Mai 2010/bwa11

## Stadtmarketing künftig unter einem Dach

**Bündelung aller Zuständigkeiten. Holding für städtische Gesellschaften beschlossen. Umzug der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg zur Wirtschaftsbehörde.**

Der Senat hat heute beschlossen, die für das Hamburg-Marketing zentralen städtischen Unternehmen - Hamburg Marketing GmbH (HMG), Hamburg Tourismus GmbH (HHT) und Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) - in eine gemeinsame Gesellschaftsstruktur zu überführen und gleichzeitig die Zuständigkeiten für die norddeutsche Kooperation, sowie für das Marketing, den Tourismus, den Dom und den Hafengeburtstag in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zu bündeln. Die Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg, zentrale Organisationseinheit der Regionalkooperation im Hamburger Umland, zieht aus der Senatskanzlei in Räume der Wirtschaftsbehörde um.

Damit Hamburg als moderne und attraktive Metropolregion wahrgenommen wird, bedarf es einer positiven Darstellung aller Standortfaktoren durch ein unverwechselbares Marketing. Dies stützt auch den Ruf als wirtschaftsfreundliche Stadt mit einem sehr guten Angebot an Beratung, Betreuung und Förderung zu allen unternehmerischen Fragen. Daher wird die Tätigkeit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit noch stärker als bisher operativ und strategisch mit dem Marketing und der norddeutschen Zusammenarbeit zusammengeführt. Ziel ist, das Hamburger Standortmarketing durch klarere Entscheidungsstrukturen zu stärken, Synergien zu heben und Aufgaben und Verantwortlichkeiten eindeutiger zu ordnen. Über die Bündelung dieser Aktivitäten soll das Wirtschaftswachstum und damit die Beschäftigung in der Stadt und der norddeutschen Region insgesamt gesteigert bzw. erhöht werden.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Wir brauchen ein einheitliches Bild von Hamburg, um national und international weitere Punkte zu machen. Die Marketing-Holding muss hierzu die Interessen aller in der Stadt und der Region am Hamburg Marketing beteiligten Akteure zusammenführen. Nur dann können wir im Wettbewerb um Firmen, Fachkräfte und Touristen dauerhaft bestehen. Die Konzentration der Zuständigkeiten in einer Behörde integriert Marketing und Tourismus in die Wirtschaftspolitik des Senats und führt die Kräfte zusammen. Die bessere Vernetzung mit der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg bietet zusätzliche Entwicklungspotentiale. Diese Herausforderung für Hamburg und die Metropolregion nehme ich auch persönlich gerne an.“

**Senatorin Karin v. Welck:** „Hamburgs Attraktivität wächst mit jedem Jahr. Das zeigen zum Beispiel die erfolgreichen Tourismuszahlen. Und das beweist uns auch die national und international steigende Aufmerksamkeit für unsere Stadt. Wir haben uns daher entschlossen, diese Attraktivität über eine zentrale Stadtmarketing-Organisation noch besser in Szene zu setzen, um Zersplitterungen zu vermeiden. Die Holding bietet dafür die richtige Struktur im Interesse von Tourismus, Wirtschaft und Kultur.“

Kopf der neuen Gesellschaftsstruktur soll eine aus der HMG entwickelte Holding werden, die sich mehrheitlich im städtischen Eigentum befinden wird. Schwerpunktaufgaben der Holding werden die strategische Steuerung des Hamburger Standortmarketings sowie Querschnittsaufgaben bei Personal, Media Relations etc. sein. Darüber hinaus wird die Holding zentrale Abstimmungs- und Steuerungseinheit für alle weiteren Akteure und Projekte in Sachen Stadtmarketing, Tourismus- bzw. Wirtschaftsstandortmarketing, die sehr zielgruppenspezifisch und vertriebsorientiert arbeiten, sollen bei den beiden künftigen Töchtern der Holding bleiben, die im Kern aus den bestehenden Unternehmen HHT und HWF gebildet werden. Fachbehörde für die neue Marketing-Holding wird die Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Ihr wurden aus diesem Grund bereit zum 1. Mai 2010 die Zuständigkeiten für Marketing, Tourismus sowie Volksfeste und Sonderveranstaltungen aus der Senatskanzlei und der Behörde für Kultur, Sport und Medien übertragen. Die Umsetzung der neuen Gesellschaftsstruktur ist aufgrund der vielfältigen unternehmensrechtlich erforderlichen Vorläufe bis zum Anfang kommenden Jahres geplant.

**Rückfragen:**

Susanne Frischling  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 207  
[susanne.frischling@bksm.hamburg.de](mailto:susanne.frischling@bksm.hamburg.de)

Ilka v. Bodungen  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 293  
[Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)

Michael Ahrens  
Sprecher der Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
040 – 428 41 1627  
[Pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:Pressestelle@bwa.hamburg.de)

Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg  
Marion Köhler  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
040 – 428 31 2278  
[presse@metropolregion.hamburg.de](mailto:presse@metropolregion.hamburg.de)  
[www.metropolregion.hamburg.de](http://www.metropolregion.hamburg.de)

igs10

## **„Sommer im Park“ – da mach ich mit!**

**Hamburgs Parkfest 2010 im Park an der Mengestraße in Wilhelmsburg**

**Hamburg, 10. Mai 2010 – Die Veranstaltungsreihe „Sommer im Park“ – Hamburgs Parkfest – findet in diesem Jahr in Wilhelmsburg statt. Die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) holt das Parkfest am 20. Juni damit bereits das zweite Mal auf die Elbinsel. Im Umfeld des ehemaligen Friedhofs an der Mengestraße erwartet die Besucherinnen und Besucher am Festtag Kunst, Kultur, Kinderprogramm, Musik, kulinarische Leckereien und ein vielfältiges Informationsangebot rund um das Thema „Grün und Natur“. Vereine, Verbände, Schulen, Kindergärten und Künstler können sich auf dem Fest präsentieren oder einen Programmpunkt beisteuern.**

Das Fest lebt besonders durch die bunte Mischung unterschiedlichster Akteure. Teilnehmen können Institutionen, Vereine, Verbände, Initiativen, Schulen, Kindertagesstätten sowie einzelne Künstler und Künstlergruppen. Es gibt viele Möglichkeiten, das Fest zu bereichern: So können Vereine den Tag als Plattform nutzen, um ihre Arbeit an einem eigenen Stand zu präsentieren. Auch kulturelles Engagement ist gefragt. Projekte und Aktionen, die sich inhaltlich mit den Themen "Park und Natur" beschäftigen, sind natürlich ebenso willkommen. Firmen und Unternehmen sind eingeladen, das Fest als Sponsor finanziell oder mit einem konkreten Programmpunkt zu unterstützen.

„Sommer im Park ist nicht nur ein Fest für Hamburgerinnen, Hamburger und Gäste der Hansestadt, es vor allem ein Fest, das alle gemeinsam gestalten!“ betont igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten. „Wir legen Wert auf ein buntes und vielfältiges Programm. In den vergangenen drei Jahren haben viele Vereine, Verbände und Künstler sowie Unternehmen das Parkfest bereichert und unterstützt. Das wünschen wir uns auch für dieses Jahr und hoffen, dass zahlreiche Wilhelmsburger Institutionen teilnehmen werden“, so der Geschäftsführer weiter.

Wer mitmachen möchte, Ideen für eine Aktion oder Beiträge hat, Kontakt zu Organisationen und Vereinen pflegt, deren Teilnahme eine Bereicherung des Festes darstellen, meldet sich bitte bis zum 20. Mai 2010 bei Herrn Malte Kanebley, der die igs 2013 bei der Organisation des Parkfestes unterstützt. Zu erreichen ist er unter der Rufnummer 04168/91186-0 oder per Mail über [malte@kanebley.de](mailto:malte@kanebley.de). Weitere Informationen zum Fest sind erhältlich unter [www.sommerimpark.de](http://www.sommerimpark.de)

Die igs 2013 gmbh hat die Organisation der erfolgreichen Veranstaltungsreihe „Sommer im Park“ vor drei Jahren von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt übernommen. Das Fest findet in diesem Jahr zum siebten Mal statt. In den letzten Jahren fand das Parkfest im „Hamburger Stadtpark“, in „Planten un Blomen“, im „Botanischen Garten“, im „Wilhelmsburger Park“ an der Mengestraße im „Botanischen Sondergarten Wandsbek“ und im BallinPark auf der Veddel statt. Im Jahr 2013 soll das Event ein Höhepunkt auf der

internationalen gartenschau hamburg sein. Bis dahin ist die Veranstaltung Botschafter der Elbinsel Wilhelmsburg und der igs 2013.

**Rückfragen bitte an:**

Ina Heidemann, Petra Bäurle  
Tel. +49(0)40-226 31 98 -40 /-42  
[presse@igs-hamburg.de](mailto:presse@igs-hamburg.de)

## Grüne Inseln im Verkehr

**Die internationale gartenschau hamburg weiht erste von insgesamt dreizehn geplanten, grünen Verkehrsinseln ein**

**Hamburg, 12. Mai 2010 – Die Verkehrsinsel im Spannungsfeld zwischen Grün und Schwarz, Gras und Asphalt: Am Mittwochvormittag weihte die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) auf der Elbinsel Veddel ihre erste von insgesamt dreizehn geplanten, grünen Verkehrsinseln ein. In Zusammenarbeit mit dem Hamburger Kuratoren Dierk Jensen und seinem Team gestaltet sie bis zur Ausstellungseröffnung im Frühjahr 2013 weitere zwölf Verkehrsinseln im Hamburger Raum.**

Das Projekt „Verkehrsinseln - Urbane Bühne grüner Themen“ ist der Beitrag der igs 2013 zum Präsentationsjahr 2010 der Internationalen Bauausstellung Hamburg. Den Auftakt bildet der rund 25 Meter breite Veddeler Kreisel nahe der S-Bahnstation Veddel, nordwestlich vom Auswanderermuseum BallinStadt. Er wurde mit über 300 Pflanzen und Stauden bepflanzt. Auf den grünen Inseln wird die Spannung zwischen städtischer Moderne und Natur thematisiert. Sie setzen Ausrufezeichen, bringen Farbtupfer in den fließenden Verkehr und künden als kleine Vorposten von der Gartenkunst der Gartenschau.

### **Insel der Vielfalt**

Verkehrsinseln sind prominente Ausstellungsorte: Ohne Einladung fahren täglich Tausende von Menschen im Auto, im Bus, auf Motor- oder Fahrrädern oder gehen als Fußgänger daran vorbei. Die Veddeler Verkehrsinsel erblüht daher nicht nur in einem vielfarbigen Blumenmeer, sondern wird als Plattform für eine künstlerische Aneignung genutzt. Im Kreisrund der Insel formen mit Asphalt ausgegossene Buchstaben das Wort „VIELFALT“ - ein Schriftzug, der viele Interpretationen möglich macht. Auf den beiden Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel leben über hundert Nationen. Das Landschaftsbild wird von spannungsreichen Unterschieden geprägt: von Altstadtbauten und Hochhäusern, Hafenanlagen und Weideflächen, Wettern und Autobahntrassen. Die Inseln beherbergen vielfältige Milieus, angefangen von der islamischen Gemeinde über kreative Künstler- und studentische Wohngemeinschaften, Nachbarschaften in Hausbooten und Einfamilienhäusern bis zu Menschen in prekären und schwierigen Lebenslagen.

### **Urbane Bühne grüner Themen**

Das Projekt „Verkehrsinseln – Urbane Bühne grüner Themen“ spiegelt den Ausstellungsraum der Gartenschau (den Park im Zentrum des Stadtteils Wilhelmsburg) mit den künstlerischen Möglichkeiten einer Gartenschau: Stauden, Blumen, Installationen. Zum Projektteam unter der Leitung des Hamburger Journalisten und Kuratoren **Dierk Jensen** gehören die Freiraumplanerin **Jule Ziegler**, die Verlegerin und Redakteurin **Bettina von Bülow**, der Wandmaler **Eckhard Keller** und der Sammler und Stadtwanderer **Felix Schröder**. Das Team gestaltet die Verkehrsinseln entweder selbst oder in Kooperation mit

eingeladenen Künstlern. Die geplanten Themen für die 13 Verkehrsinseln bespielen inseltypische und globale Herausforderungen wie „Interkulturalität“, „Reichtum und Armut“, „Grabeland“ oder „Klimawandel, Wasser, Deich“ - und spiegeln damit auch inhaltlich den Ausstellungsraum im Spannungsverhältnis von Stadt und Natur, Mobilität und Immobilität.

Die Erd-, Installations- und Pflanzarbeiten werden dabei unterstützt von den Firmen **K+E Kompost und Erden GmbH** (Erde für Erdhügel), **H. J. Burmeister GmbH** (Lieferung Erdmaterial), **Günther Meyer Garten- und Landschaftsbau**, **Erd- und Tiefbau GmbH** (Bau des Erdhügels), **Zimmerei HamburgerFensterKontor GmbH (Buchstabenfertigung)**, **EUROVIA Teerbau GmbH** (Lieferung und Ausgießen der Buchstaben), **Härten Staudengärtnerei (Lieferung der Pflanzen)**.

**Rückfragen bitte an:**

Ina Heidemann, Petra Bäurle  
Tel. +49(0)40-226 31 98 -40/42,  
presse@igs-hamburg.de

10. Mai 2010/bsu10

## „Alois“ jetzt auch im Norden

### Boden-, Bauschutt- und Bauteil-Börse für Hamburg

Rund 5 Millionen t Abfälle fallen jährlich bei Bau- und Abbrucharbeiten in Hamburg an. Um diese Massen besser zu verwerten und noch mehr zu recyceln, hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) jetzt die Nutzung der Boden-, Bauschutt- und Bauteil-Börse „Alois“ (Abfall Online Informationssystem; [www.alois-info.de](http://www.alois-info.de)) für Hamburg eröffnet.

Dieses Portal können damit ab sofort private und öffentliche Auftraggeber, Architekten und Planungsingenieure, Bauunternehmen, Handwerksbetriebe, Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus sowie Recycling- und Entsorgungsfirmen nutzen. Kostenlos kann man dort Angebote oder Nachfragen für Bodenmaterial, gebrauchte Bauteile wie Fenster, Türen, Treppen oder Dachziegel usw. einstellen bzw. suchen. Die Börse ist eine reine Informationsplattform und soll Angebot und Nachfrage zusammen bringen, alles Weitere regeln die Beteiligten direkt unter sich.

Die BSU sieht in „Alois“ ein Instrument zur Förderung der Abfallvermeidung und -verwertung und zur Verringerung von Transporten. Die Börse soll zur Wiederverwendung z.B. von gebrauchsfähigem Bauteilen aus Abbruchmaßnahmen beitragen und die Koordinierung von Bodenaushub und -einbau auf verschiedenen Baustellen erleichtern.

Weitere Informationen unter: [www.hamburg.de/abfall](http://www.hamburg.de/abfall).

#### **Kontakt:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann,  
T: (040)428.40-32 49, [Volker.Dumann@bsu.hamburg.de](mailto:Volker.Dumann@bsu.hamburg.de).

## Terminkalender

Vom 17. Mai bis 21. Mai 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 17.05.2010

- 09:00** Deutsches Institut für Menschenrechte e.V., Zimmerstr. 26-27, 10969 Berlin  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an der **Kuratoriumssitzung des Deutschen Instituts für Menschenrechte e.V.** teil.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich des **70. Jahrestages der ersten Deportation von Roma und Sinti aus Hamburg.**
- 13:00** CCH – Congress Center Hamburg, Messeplatz 1  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Fachtagung der Fernseh- und Kinotechnischen Gesellschaft FKTG e.V..**
- 17:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs zum 100-jährigen Jubiläum des FC St. Pauli.**  
  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.
- 19:00** Rathaus, Rathausmarkt  
Senator Dr. Till Steffen spricht ein Grußwort anlässlich des „**Rainbowflash 2010**“, einer **Veranstaltung des Lesben- und Schwulenverbandes Hamburg, anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie.**

### Dienstag, den 18.05.2010

- 14:00** Rathaus, Phönixsaal  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht im Rahmen der **Unterzeichnung eines Staatsvertrags zwischen Hamburg und der katholischen Kirche** zur Einrichtung einer Professur für katholische Theologie ein Grußwort.
- 18:30** Millerntor-Stadion, Heiligengeistfeld  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Jubiläumsspiel zwischen dem FC St. Pauli und Glasgow Celtic FC.**

### Mittwoch, den 19.05.2010

- 10:00** Berlin, Landesvertretung  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **Präsidentin des Berliner Diplomatenclubs beim Auswärtigen Amt e.V. „Willkommen in Berlin“**, **Jane Williams-Boock**, sowie weitere Clubmitglieder zu einem Besuch in der Hamburger Landesvertretung.
- 11:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung der „Gerd Bucerius Förderpreise Freie Presse Osteuropas“.**



- 12:00** DESY  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht im Rahmen des **Festaktes „50 Jahre DESY“** ein Grußwort.
- 13:00** Berlin, Landesvertretung  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den neuen **Bevollmächtigten des Rates der Evangelische Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Dr. Bernhard Felmberg**, zum **Antrittsbesuch**.
- 14:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet die **Tagung der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. „Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“**.
- 14:30** Dresden, Residenzschloss  
Senator Carsten Frigge nimmt am **19. und 20. Mai 2010 an der Jahresfinanzministerkonferenz** teil.
- 16:00** Berlin, Haus des Deutschen Richterbundes, Kronenstr. 73/74  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil an der **Einweihung der Gedenktafel für die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jüdischer Herkunft**, die in der Zeit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft verfolgt, entrechtet und aus dem Amt getrieben wurden. Die **Eröffnungsrede hält Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB**.
- 18:30** Techniker Krankenkasse, Habichtstraße 28  
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich zusammen mit Staatssekretär Daniel Bahr an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitspolitik der Zukunft“**.
- 19:00** Hamburgische Staatsoper  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Vorstellung von „Aida“**.

**Donnerstag, den 20.05.2010**

- 09:15** Madrid, Spanien  
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil am **Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse für Recht und Innere Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten**.
- 11:30** Hamburger Hauptbahnhof  
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort aus Anlass der **Enthüllung der vom weltberühmten Pop-Art-Künstler James Rizzi designten Lokomotive der Metronom Eisenbahngesellschaft mbH**.
- 16:30** Dünkirchen  
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht anlässlich der **6th European Sustainable Cities and Towns Conference**.

**Freitag, den 21.05.2010**

- 09:30** Stockholm, Landstinghuset  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann leitet als **Vorsitzender die**

**Vorstandssitzung der BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation).**